

7 Fazit: Die bundespolitische „Energiewende“ im Kontext marktwirtschaftlicher Beharrung

Ausgehend von der obersten Diskursebene der lexikalischen Elemente, über die Ebenen der zugrundeliegenden komplexeren Verknüpfungen innerhalb von Story-Lines und fantasmatischen Narrativen, bis hin zur Anwendung einer kritisch-emanzipatorischen Analyseperspektive Vorsorgenden Wirtschaftens wurde der Forschungsgegenstand der „Energiewende“ als bundespolitisches Transformationsprojekt umfangreich dekonstruiert. Zur Beantwortung der Forschungsfragen werden nun abschließend die Ergebnisse zusammengeführt unter Bezugnahme auf die der Arbeit zugrundeliegende Forschungsperspektive, mit der ich mich eingangs auf Grundlage des Vorsorgenden Wirtschaftens, der Sozialen Ökologie sowie der Bezugnahme auf die poststrukturalistische Diskurstheorie nach Laclau/Mouffe (2015) innerhalb einer kritischen feministischen Transformationsforschung positioniert habe. Darüber hinaus erfolgt ein Ausblick auf gegenwärtige und mögliche zukünftige Entwicklungen sowie ein Verweis auf weiteren Forschungsbedarf (Kapitel 7.3). Die theoretischen Schlussfolgerungen, die aus der vorliegenden Arbeit für die Transformations- und Diskursforschung gezogen werden können, fasste ich in Kapitel 7.4 zusammen. Abschließend unterziehe ich Methodik und Ergebnisse meiner Arbeit einer kritischen Reflexion (Kapitel 7.5).

7.1 BEANTWORTUNG DER FORSCHUNGSFRAGEN ÜBER ZENTRALE ZEITABSCHNITTE

Die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit lassen sich über drei Zeitabschnitte zusammenfassen, innerhalb derer für den Diskurs um „Energiewende“ zentrale Entwicklungen identifiziert werden konnten:

1. *14. und 15. Legislaturperiode*: Vorpolitischer „Energiewende“ im Kontext des Narratifs „ökologischer Modernisierung“
2. *16. und 17. Legislaturperiode vor „Fukushima“*: Zunehmende Vermischung der fantasmatischen Narrative „ökologische Modernisierung“ und „marktwirtschaftliche Energiepolitik“

3. 17. und 18. Legislaturperiode nach „Fukushima“: Entpolitisierung von „Energiewende“ im Rahmen des ‚technokratisch-managementorientierter Ökokonsens‘ und Zurück-drängen zentraler Errungenschaften in Bezug auf Transformation

Die der Arbeit zugrunde liegenden Forschungsfragen (vgl. Kapitel 1.1) werden im Folgenden zunächst über diese Zeitabschnitte differenziert beantwortet. Im zweiten Schritt (Kapitel 7.2) folgt daraus eine Antwort für die gesamte Arbeit:

- (1) *Welche Bedeutung(en) hat „Energiewende“ im Bundestag im Zeitverlauf?*
- (2) *Kann die „Energiewende“ vor dem Hintergrund dieser Bedeutung(en) aus diskurstheoretischer, kritisch-emanzipatorischer Perspektive vorsorgenden Wirtschafts als ein bundespolitisches Transformationsprojekt gewertet werden?*

14. und 15. Legislaturperiode

In Kapitel 5.1 habe ich gezeigt, dass „Energiewende“ von der rot-grünen Regierungskoalition kaum mit Bedeutung aufgeladen wurde. Eine parlamentarische Debatte über „Energiewende“ fand nicht in einem nennenswerten Umfang statt. Weder Atomausstieg noch erneuerbare Energien wurden zwingend mit „Energiewende“ in Verbindung gebracht. Die von der rot-grünen Regierungskoalition mit „Energiewende“ verbundenen Knotenpunkte wurden in Kapitel 5.1.3 nach Laclau (2005: 74ff.) überwiegend als demokratische Forderungen klassifiziert, d.h. sie treten nur vereinzelt zusammen auf – „Energiewende“ ist kein starkes Identifikationsprinzip dieser Forderungen. Gleichzeitig werden Forderungen wie ‚Klimaschutz‘, ‚Effizienz‘ oder ‚erneuerbare Energien‘ von allen Fraktionen geteilt, auch von Gegner*innen der „Energiewende“, sie stehen also als flottierende Forderungen im „Spannungsfeld zwischen Hegemonie und Gegen-Hegemonie“ (Bedall 2014: 62). Während ein kritischer „Energiewende“-Diskurs also schwach ausgeprägt ist, beziehen sich alle Fraktionen positiv auf die Technologie erneuerbarer Energien sowie auf Effizienz. Im Gegensatz zu „Energiewende“ ist der Diskurs über erneuerbare Energien bereits stark ausgeprägt. Die hier ausgetragenen politischen Kämpfe beschränken sich allerdings überwiegend auf technologische und marktwirtschaftliche Aspekte sowie auf die verfahrenspolitische Gestaltung im Feld der Energie (vgl. Kapitel 5.1.2). Grundsätzliche darüber hinausgehende Differenzen, die bspw. eine strukturelle Ebene adressieren, werden selten artikuliert.

In Kapitel 6 habe ich gezeigt, dass sich in den politischen Praktiken im Kontext des Narrativs ‚ökologischer Modernisierung‘, in dem sich die Energiepolitik unter der rot-grünen Regierungskoalition der 14. und 15. Legislaturperiode entfaltet, vor allem im Zusammenhang mit der Einführung des EEGs Aspekte identifizieren lassen, die in einigen Ansatzpunkten eine transformative Wirkung im Sinne des Vorsorgenden Wirtschaftens entfalten bzw. zur Veränderung gesellschaftlicher Naturverhältnisse geeignet erscheinen: Zum Beispiel die Ermöglichung einer Bürger*innenbeteiligung an der Energieproduktion erneuerbarer Energien, die damit verbundene Subversion der Dichotomie Produktion/Konsumtion durch Verbrauch der selbst hergestellten Energie, eine damit einhergehende Dezentralisierung und ein verstärktes Sichtbarwerden „der raum- und zeitlichen Kontextgebundenheit“ des Energiesystems [...] (Amri-Henkel u.a. 2017: 17). Allerdings sind diese materialisierten Effekte poli-

tischer Praktiken kaum Gegenstand von Bundestagsdebatten und werden auch nicht unter der Forderung einer „Energiewende“ subsumiert (vgl. Kapitel 5.1.3 und 6). Veränderte gesellschaftliche Naturverhältnisse, wie sie sich im Zuge der „Energiewende“ außerhalb des Bundestags zeigen (vgl. Kapitel 1) entstehen somit als Nebeneffekt, werden aber in den Plenardebatten nicht thematisiert und bleiben innerhalb des Bundestags unsichtbar.

Stattdessen erfolgt unter rot-grün eine überwiegend marktwirtschaftliche Einordnung energiepolitischer Praktiken. Dabei wird der Ökonomie auch im Kontext des Narrativs ‚ökologische Modernisierung‘ nicht in erster Linie eine lebensdienende Funktion zugeschrieben, sondern sie wird immer gleichzeitig selbst als Zweck betrachtet (vgl. Kapitel 6.3). In Kapitel 5.4 habe ich gezeigt, dass sich die fantasmatischen Narrative ‚ökologische Modernisierung‘ und ‚marktwirtschaftliche Energiepolitik‘ im Laufe der Zeit immer mehr vermischen. Dies ist auch vor dem Hintergrund zu bewerten, dass sowohl erneuerbare Energien als auch „Energiewende“ unter der rot-grünen Regierungskoalition innerhalb komplexitätsreduzierender Erzählungen (Story-Lines; vgl. Kapitel 5.2), überwiegend marktwirtschaftlich eingeordnet wurden. In einer auf diese Weise als alternativlos konstituierten Marktwirtschaft, lässt sich möglicherweise auch eine Erklärung dafür identifizieren, dass „Energiewende“ in der 14. und 15. Legislaturperiode kaum politisiert wurde: Denn für die Ausbreitung einer popularen, kritisch positionierten Äquivalenzkette um „Energiewende“ wäre mit Laclau (2005: 74ff.) eine Verbindung mit weitergehenden sozial-ökologischen Forderungen, bzw. Kämpfen gegen den Status Quo erforderlich gewesen (vgl. Kapitel 5.1.3), deren gesellschaftsverändernde Zielsetzungen die herkömmliche Marktrationalität möglicherweise disloziert hätten, bzw. den Raum für die Herausarbeitung von Differenz geöffnet und so die alternativlose Konstitution von Marktwirtschaft gefährdet hätten.¹

Über den Umfang des Umstiegs auf erneuerbare Energien herrschte innerhalb der rot-grünen Regierungskoalition zudem kein Konsens. Es bestand also insgesamt kein ausreichendes Interesse daran, „Energiewende“ zur Repräsentantin eines Politikwechsels zu machen. Die Diskussionen beschränkten sich daher überwiegend auf einzelne politische Maßnahmen, wie auf den Ausstieg aus der Kernenergie, die Förderung erneuerbarer Energien als Technologie, technologische Verbesserungen, bspw. durch Energieeffizienz, oder der Veränderung von Verbraucher*innenverhalten, bspw. durch die Ökosteuer. Diese politischen Praktiken wurden selten in einen politischen Zusammenhang gesetzt und wenn, dann meist nicht unter der Forderung „Energiewende“, sondern des Klimaschutzes, aber ohne Hindernisse für die Realisierung dieser Forderung intern der ökonomischen Struktur zu verorten (vgl. Kapitel 5.1 sowie 5.3.1). Die Artikulationsmuster im Rahmen des Narrativs ‚ökologische Modernisierung‘ bewegen sich überwiegend auf einer technokratisch-managementorientierten Verfahrensebene (vgl. Kapitel 5.4). Zwar werden die Risiken von Technologien, wie bspw. der Atomenergie, verstärkt benannt, dies führt allerdings nicht

1 Dies bedeutet nicht, dass es innerhalb der GRÜNEN oder auch der SPD solche Positionen, zur Verbindung von „Energiewende“ mit weitergehenden Forderungen, nicht gegeben hätte, allerdings könnten sie sich möglicherweise nicht soweit durchsetzen, dass sie innerhalb der Regierungskoalition im Bundestag „zur Sprache kommen“ könnten.

zu einer grundsätzlichen Technologie- oder Fortschrittskritik, im Gegenteil: Vorsorge wird im Rahmen von ‚ökologischer Modernisierung‘ überwiegend eindimensional durch den Glauben an technischen Fortschritt besetzt, während andere Möglichkeiten wie Suffizienz nicht in den Blick kommen (vgl. Kapitel 6.1). Die sozial-ökologische Krise wird so nicht als Symptom der Moderne aufgefasst, sondern vielmehr wird von einer Lösung ökologischer Probleme durch „eine ökologische Modernisierung der Moderne“ ausgegangen, in der Wachstum und Entwicklung ökologisch angepasst werden (Krüger 2015: 112). In Kapitel 5.4 habe ich gezeigt, wie Natur im Rahmen des Narrativs der ‚ökologischen Modernisierung‘ zwar politisch mobilisiert, aber letztlich aus dem Politischen extrahiert wird. Der politische Gehalt von Naturverhältnissen bleibt unsichtbar, die system-internen Ursachen für die sozial-ökologische Krise werden nicht benannt. Auf diese Weise wird eine parlamentarisch noch nicht politisierte „Energiewende“ über ihre Verknüpfungen mit marktwirtschaftlich orientierten Story-Lines im Rahmen des Narrativs ‚ökologischer Modernisierung‘ von vorne herein mit post-politischen Repräsentationen verbunden. Vor diesem Hintergrund wird das fantasmatische Narrativ ‚ökologischer Modernisierung‘ und die mit ihm in Verbindung stehenden politischen Praktiken in ihrer Wirkrichtung als reformistisch bis beharrend klassifiziert (vgl. Kapitel 5.3.1).

Dennoch tauchen bei der Analyse der Wirksamkeit der entsprechenden politischen Praktiken, vor dem Hintergrund des Spannungsfeldes zwischen ‚Affirmation‘ und ‚Transformation‘ nach Fraser (2001), vereinzelt reformistische bis transformative Aspekte auf. Auf Umverteilungsebene findet zum Beispiel im Rahmen des EEGs eine Umverteilung von Produktionsmitteln von Groß- zu Kleinproduzent*innen statt. Diese Umverteilung wird allerdings in der Weiterentwicklung des Gesetzes verbunden mit stärkerer Marktorientierung abgeschwächt. Auf Anerkennungsebene sind Ansätze der Internalisierung externer Effekte bspw. durch die Ökosteuer erkennbar. Aber auch diese werden durch die letztlich marktorientierte Ausrichtung konterkariert, da die Steuer zur Verbilligung des Faktors Arbeit verwendet wird und auf die Entlastung von Unternehmen zielt, und somit letztlich nicht zur Vermittlung zwischen Arbeits- und Naturproduktivität im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation beiträgt. Auch aus Geschlechterperspektive wird die hierarchische Trennungsstruktur zwischen öffentlich und privat, produktiv und reproduktiv nicht aufgehoben, sondern ständig (wieder-)hergestellt, indem Energiepolitik als wirtschaftspolitisches Feld konstituiert wird, soziale Themen in den Debatten kaum vorkommen und Privatpersonen auf ihre Konsument*innenrolle reduziert werden, die gleichzeitig aber als passiv konstituiert wird (vgl. Kapitel 6.4). Geschlecht wirkt hier als soziale Struktukategorie.

Obwohl die „Energiewende“ auf nationaler politischer Ebene unter rot-grün kaum mit Bedeutung gefüllt wurde, über ihre Ausgestaltung innerhalb der Regierungskoalition kein Konsens bestand und sie physisch-materiell zu diesem Zeitpunkt mit einem Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch von nur 4,5% (www.erneuerbare-energien.de) noch am Beginn stand, wird sie gleichzeitig zum internationalen Vorbild erklärt. Bereits in der 15. Legislaturperiode spielt die so als fortschrittlich konstituierte deutsche „Energiewende“ eine Rolle in der Konsolidierung des deutschen Selbst, von dem aus sogenannte Entwicklungsländer als rückständig abgewertet werden. Vor dem Hintergrund der Annahme westlicher Wissenshegemonie dominiert die Auffassung, dass mit ‚deutscher Spitzentechnologie‘

im Feld erneuerbarer Energien globale Umwelt- und Entwicklungsprobleme gleichzeitig gelöst werden können. Globale Machtverhältnisse und ihre Ursprünge werden so verdeckt, während Wirtschaftsinteressen zum Beispiel durch Exportförderung gleichzeitig legitimiert werden (vgl. Kapitel 6.4).

Ebene der lexikalischen Elemente

„Energiewende“ wird im Gegensatz zu erneuerbaren Energien in der 14. und 15. Legislaturperiode kaum mit Bedeutung aufgeladen. Die identifizierten Knotenpunkte sind entsprechend schwach ausgeprägt. Die von rot-grün artikulierten Forderungen sind nach Laclau (2005) überwiegend als demokratisch und flottierend einzustufen, d.h. sie sind nicht geeignet diskursiv Gegen-Hegemonie zu einer sich von „Energiewende“ abgrenzenden hegemonialen Diskursformation zu begründen. Flottierende Forderungen, wie ‚Klimaschutz‘ oder ‚erneuerbare Energien‘ werden mit der hegemonialen Formation geteilt.

Ebene der komplexeren Verknüpfungen und quasi-transzendentale Ebene (Story-Lines, fantasmatische Narrative)

Die Wirkrichtung des fantasmatischen Narrativs ‚ökologischer Modernisierung‘ und der politischen Praktiken, die sich in seinem Kontext zeigen, ist wegen des system-externen Ansetzens – außerhalb ökonomischer Strukturen – der verfahrenspolitisch ausgerichteten Maßnahmen sowie dem geringen Zukunftsbezug der dominierenden Glücksverheißung, die auf Erhalt des jetzigen Wohlstands zielt, als reformistisch bis beharrend zu klassifizieren.

Ebene des Vorsorgenden Wirtschaftens

Bei der Analyse anhand der Handlungsprinzipien (Vorsorge, Kooperation, Orientierung am für das gute Leben Notwendigen) sowie der weiteren Kriterien (Externalisierung als Prinzip, Potenziale für eine herrschaftsärmere Zukunftsgestaltung) Vorsorgenden Wirtschaftens zeigten sich vereinzelt Aspekte politischer Praktiken, die im Sinne des Vorsorgenden Wirtschaftens als transformativ eingestuft werden können, bspw. kommen Generationengerechtigkeit oder die Risiken der Atomenergie verstärkt in den Blick. Allerdings wird ein aktiver Umgang mit Externalisierung, bspw. bei der Ökosteuer, nicht konsequent umgesetzt, da letztlich eine marktwirtschaftliche Einordnung politischer Praktiken dominiert. So werden Externalisierungsstrukturen und bestehende hierarchische gesellschaftliche Naturverhältnisse reproduziert oder gefestigt.

Die fehlende Politisierung von „Energiewende“ bei gleichzeitigem Dominieren post-politischer Vorstellungen innerhalb des energiepolitischen Diskurses, die sich in der Naturalisierung der marktwirtschaftlichen Einordnung politischer Praktiken manifestieren, wirkt einer Transformation im Sinne des Vorsorgenden Wirtschaftens entgegen.

16. und 17. Legislaturperiode vor „Fukushima“

In der 16. Legislaturperiode ziehen sich vor allem die GRÜNEN weiter aus dem Diskurs um „Energiewende“ zurück (vgl. Kapitel 5.1). Die LINKE tritt mit der Forderung einer ‚radikalen ‚Energiewende‘‘ als neue Initiatorin des Diskurses auf und

verbindet diesen mit weitergehenden sozial-ökologischen Forderungen (vgl. Kapitel 5.1.2). Das sich im Kontext dieser Artikulationen entfaltende fantasmatische Narrativ des ‚sozial-ökologischen Umbaus‘ bleibt aber in den Bedeutungskämpfen um „Energiewende“ marginal. Gleichzeitig findet ein diskursiver Anpassungsprozess innerhalb einer breiten parlamentarischen Mehrheit statt: Während das fantasmatische Narrativ ‚ökologischer Modernisierung‘ zunehmend in den Hintergrund tritt (vgl. Kapitel 5.3.1), greifen CDU, CSU und ab der 17. Legislaturperiode auch FDP zunehmend dessen Artikulationsmuster auf und eignen sich so das zentrale Versprechen der glücksverheißenden Dimension des Narrativs – die Vereinbarkeit ökologischer und ökonomischer Ziele – an. Während die GRÜNEN die Differenz zu diesen Artikulationen über verfahrenspolitische Unterschiede hinaus nur wenig herausarbeiten, gibt die SPD die Differenz weitestgehend auf und artikuliert selbst nicht mehr im Kontext des Narrativs ‚ökologischer Modernisierung‘. Die fantasmatischen Narrative ‚ökologische Modernisierung‘ und ‚marktwirtschaftlicher Energiepolitik‘ vermischen sich bereits zu diesem Zeitpunkt zunehmend im Hinblick auf einen sich abzeichnenden ‚technokratisch-managementorientierten Ökokonsens‘. Im Rahmen dieses Anpassungsprozesses treten ökologische Ziele weiter hinter marktwirtschaftliche Ziele zurück (vgl. Kapitel 5.4; Abbildung 14). Vor dem Hintergrund einer weiteren Detemphasierung ökologischer Ziele erscheint ein „breiter Energiemix“ aus erneuerbaren und konventioneller Energien nicht in einem Widerspruch zur Vorstellung von einer „nachhaltigen Energieversorgung“ (BMU 2007: 4; vgl. Kapitel 5.2.1).

In der 17. Legislaturperiode rechtfertigt die schwarz-gelbe Regierungskoalition die Laufzeitverlängerung ebenfalls über Artikulationsmuster, die bereits auf das aufkommende Narrativ des ‚technokratisch-managementorientierten Ökokonsenses‘ hindeuten: Die bereits zuvor beobachtbare Bedeutungs-Reduktion von Natur auf Klima, vor dem Hintergrund marktwirtschaftlich ausgerichteter Diskursmuster, ermöglicht das Einbeziehen der Laufzeitverlängerung in die Glücksverheißung von Klimaschutz bei gleichzeitiger Modernisierung der Volkswirtschaft durch technologischen Fortschritt (vgl. Kapitel 5.1.3). Die Natur/Kultur-Dichotomie wird durch die Abspaltung sämtlicher ökologischer Folgen reproduziert und im Vergleich zu den vorigen Legislaturperioden weiter gestärkt. Nicht erst – aber in besonderer Weise – durch die Laufzeitverlängerung als politische Maßnahme wird das Vorsorgeprinzip konterkariert.

In der zunehmenden Priorisierung ökonomischer Ziele im Rahmen ökologisch orientierter Artikulationsmuster – auch innerhalb der Äquivalenzkette um ‚Nachhaltigkeit‘ in der 16. Legislaturperiode – zeigen sich neoliberalen Zeitvorstellungen. Im damit verbundenen Verständnis von Fortschritt wird marktwirtschaftlicher Wettbewerb zum entscheidenden Kriterium für erfolgreiche Energiepolitik erhoben und zur Voraussetzung für die Lösung ökologischer Probleme in der Zukunft erklärt. Die Konstitution der Kernenergie als ‚Brückentechnologie‘ in der 17. Legislaturperiode steht repräsentativ für diesen Fortschrittsglauben, denn mit der Kernenergie solle die Zeit ‚überbrückt‘ werden, in der technischer Fortschritt den Klimawandel durch Geoengineering oder die Energieversorgung durch die Kernfusion löse (vgl. Kapitel 6.1). Der sozial-ökologische Kontext von Ökonomie ist im Rahmen dieses Fortschrittsverständnisses nicht Gegenstand der Debatten. Eine Vermittlung zwischen Arbeits- und Naturproduktivität im Sinne des Vorsorgenden Wirtschaftens findet entsprechend nicht statt.

In Kapitel 5.4 wurde gezeigt, dass die Artikulationen im Kontext der Laufzeitverlängerung durch deren Konstitution als ‚ideologiefrei‘ eine entpolitisierende Wirkung entfalten. Die damit verbundenen post-politischen und post-demokratischen Vorstellungen sind aus Perspektive des Vorsorgenden Wirtschaftens nicht mit dem Prinzip der Kooperation vereinbar: Während die Interessen nichtmarktlicher Akteur*innen, bspw. der Anti-Atom-Bewegung, als illegitim be- und als ‚ideologisch‘ abgewertet werden, werden die Profit- und Marktinteressen der Konzerne als berechtigt konstituiert und entsprechend in den Entscheidungsprozess eingebunden. Gleichzeitig wird von den übrigen Akteur*innen kritikfreie Zustimmung eingefordert (vgl. Kapitel 6.2).

Entgegen der Handlungsprinzipien des Vorsorgenden Wirtschaftens wird allein „wirtschaftliche Vernunft“ (FDP 28.10.2010: 7187), über die auch ökologische Ziele erreicht werden sollen, zum handlungsleitenden Prinzip stilisiert. Der sich aus diesem neoliberalen Verständnis von wirtschaftlicher Vernunft ableitenden Profitlogik dienen ökologische Ziele lediglich als Mittel zu ihrer Legitimation: „Wir wollen diesen Lastwagen voller Geld nicht verbrennen, sondern wir wollen das Geld für den schnelleren Umbau unseres Energieversorgungssystems nutzen“ (CDU 28.10.2010: 7168). Emotionalität wird dabei als das ‚Andere‘ dieser wirtschaftlichen Vernunft verortet. Alles was nach marktrationaler Wettbewerbslogik nicht als ‚vernünftig‘ erscheint, wird als ‚unsachlich‘ und ‚irrational‘ abgewertet und aus dem Diskurs ausgeschrenzt. Dass diese Dichotomisierung zudem als geschlechtshierarchisch einzustufen ist und Geschlecht dabei sowohl als soziale Strukturmöglichkeit, als auch als Prozesskategorie wirksam wird, wurde in Kapitel 6.4 gezeigt. Mit der Abweichung von der zur Norm stilisierten marktwirtschaftlichen Rationalität wird somit eine soziale Ächtung verbunden, die als herrschaftlicher Gestus zu werten ist, um herausfordrende Positionen zu marginalisieren.

Durch die derartige Ausgrenzung kritischer Sichtweisen manifestiert sich ein vermeintlicher Konsens, der sich über Abspalten bzw. maximal ‚abspaltendes Einbeziehen‘ des ‚Anderen‘ und somit in der hegemonialen Aufhebung von grundsätzlichem Dissens konstituiert. Ökologische Ziele werden nur scheinbar verfolgt – sie werden von der hegemonialen marktwirtschaftlichen Formation zwar artikulatorisch angeeignet, bleiben aber in großen Teilen gegenstandslos (vgl. Kapitel 5.4). Hier zeigt sich der beharrende Charakter des sich unter Dominanz des Narrativs ‚marktwirtschaftlicher Energiepolitik‘ zunehmend abzeichnenden ‚technokratisch-managamentorientierten Ökokonsenses‘. Politische Praktiken, die sich auf dieser Grundlage entfalten, zielen nicht auf Veränderung gesellschaftlicher Naturverhältnisse ab. Stattdessen werden transformative Artikulationen und Diskursmuster, die andere sozial-ökologische Arrangements in den Blick holen, abgewertet und durch Delegitimation aus dem Politischen verdrängt.

Ebene der lexikalischen Elemente

Eine Bedeutungsgenerierung von „Energiewende“ findet in der 16. und zu Beginn der 17. Legislaturperiode weiterhin kaum statt. Im Kontext des marginalisierten Narrativs ‚sozial-ökologischer Umbau‘ artikuliert die LINKE zunehmend populäre Forderungen, die aber (auch quantitativ) nicht ausreichen, um ein bedeutsames Feld der Gegen-Hegemonie zu eröffnen.

Ebene der komplexeren Verknüpfungen und quasi-transzendentale Ebene (Story-Lines, fantasmatische Narrative)

Es zeichnet sich eine zunehmende Dominanz marktökonomisch orientierter Story-Lines ab, wobei ökologisch orientierte Artikulationsmuster aus dem Narrativ ‚ökologische Modernisierung‘ durch Teile von CDU, CSU und später der FDP angeeignet werden. Im Zuge dieser Aneignung zeichnet sich ein ‚technokratisch-managementorientierter Ökokonsens‘ bereits ab. In diesem Rahmen aufgegriffene Artikulationen vormaliger Gegner*innen – wie der nun positive Bezug auf das EEG – bergen einerseits Potenziale für als reformistisch zu klassifizierende politische Praktiken (vgl. auch Kapitel 5.3). Andererseits sind vor dem Hintergrund der externen Gefahrenverortung, der gegenwartsbezogenen Glücksverheißung (Erhalt von Wohlstand und Wachstum) sowie der Abwertung transformativer Artikulationen zunehmen als beharrend zu klassifizierende politische Praktiken erwartbar.

Ebene des Vorsorgenden Wirtschaftens

Auch bei der Analyse anhand der Handlungsprinzipien (Vorsorge, Kooperation, Orientierung am für das gute Leben Notwendigen) sowie der weiteren Kriterien (Externalisierung als Prinzip, Potenziale für eine herrschaftsärmere Zukunftsgestaltung) Vorsorgenden Wirtschaftens zeigen sich kaum noch Aspekte politischer Praktiken, die im Sinne des Vorsorgenden Wirtschaftens als transformativ eingestuft werden können. Im Gegenteil wird bspw. durch die Laufzeitverlängerung das Vorsorge-Prinzip konterkariert, eine Ausbreitung von Herrschafts-Eigentum der großen Energieversorger befördert und die Externalisierung des Sozial-Ökologischen gestärkt.

Im energiepolitischen Diskurs der 16./des Beginns der 17. Legislaturperiode zeigen sich überwiegend als beharrend zu klassifizierende politische Praktiken. Eine „Energiewende“ ist kein politisches Ziel.

17. und 18. Legislaturperiode nach „Fukushima“

Der „Energiewende“ – Diskurs nach „Fukushima“ als dislozierendem Ereignis, steht im Zeichen der Entpolitisierung von „Energiewende“ im Rahmen des ‚technokratisch-managementorientierten Ökokonsenses‘ und dem Zurückdrängen zentraler Errungenschaften in Bezug auf Transformation. Wie die Verschiebung demokratischer Forderungen aus dem Feld der Gegen-Hegemonie ins Feld der Hegemonie zeigt, breitet sich die hegemoniale Formation, die sich zuvor noch über eine Abgrenzung von „Energiewende“ auszeichnete, nun aus. Noch im Zuge der Laufzeitverlängerung wurden diese Forderungen unter Äquivalenzierung von ‚Ideologiefreiheit‘ und ‚Ver-nunft‘ durch die hegemoniale Formation, auch in Bezug auf Kernenergie, abgewertet und aus dem Diskurs ausgegrenzt. Nun werden durch die Dislokation „Fukushima“ für kurze Zeit mögliche sozial-ökologische Folgen des herkömmlichen Energiesystems sichtbar und können im energiepolitischen Diskurs nicht weiter ignoriert werden – auch als Ergebnis des außerparlamentarischen Drucks durch die Zivilgesellschaft. Über die Konstitution von „Fukushima“ als ‚Anomalie‘, als wissenschaftlich nicht vorhersehbares Ereignis, das eine ‚Neubewertung‘ erfordere, wird „Energiewende“ nun im Zusammenhang mit einem Atomausstieg als Grundlage eines neuen nationalen energiepolitischen Konsenses präsentiert. Dabei wird der vorherige Be-

schluss zur Laufzeitverlängerung durch die Betonung einer „neuen Lage und die Re-artikulation von „Energiewende“ seinem politischen Zusammenhang entzogen (vgl. Kapitel 5.4) und somit auch eine Grundlage für die Entpolitisierung von „Energiewende“ gelegt.

Mit „Fukushima“ kommen zwar Aspekte von Vorsorge, wie die Unmöglichkeit von absoluter und immer rationalerer Naturbeherrschung oder die mangelnde Fehler-freundlichkeit des Energiesystems, kurzzeitig in den Blick. Allerdings kann sich eine vorsorgende Perspektive im Diskurs nicht durchsetzen, da „Fukushima“ eben nicht als Folge interner Gefahren konstituiert wird und die sozial-ökologische Krise als Katastrophenszenario in der schreckensverheißenden Dimension von der dominierenden Diskursformation ausgeblendet wird (vgl. Kapitel 6.1). Dies bildet sich auch in der Analyse der steigenden diskursiven Ausbreitung der Artikulationen von und um „Energiewende“ nach „Fukushima“ ab. Den Gruppen, die einer „Energiewende“ und einem Atomausstieg zuvor kritisch gegenüber standen, gelingt eine schnelle Integration in ihre Äquivalenzketten, was durch die schwache Bedeutungsgenerierung im parlamentarischen Raum vor „Fukushima“ begünstigt wird (vgl. Kapitel 5.1). Da sich die hegemoniale Formation bereits vor „Fukushima“ auch ökologische Artikulationsmuster zunehmend angeeignet hat, gelingt eine schnelle Einbindung von „Energiewende“ in überwiegend marktwirtschaftlich ausgerichtete Deutungsmuster, ich spreche daher von einer hegemonialen marktwirtschaftlichen Formation nach „Fukushima“. Artikulationen im Rahmen einer vorsorgenden Perspektive werden dabei schnell wieder in den Hintergrund gedrängt. Statt „Energiewende“ mit transformativen Artikulationsmustern im Rahmen des „sozial-ökologischen-Umbaus“ mit Bedeutung aufzuladen, wird sie zum Leitprojekt für ein ökologischeres Wachstum geformt. Wachstum wird im Rahmen des nach „Fukushima“ endgültig etablierten „technokratisch-managementorientierten Ökokonsenses“ sowohl zum Zweck als auch zum Mittel einer marktwirtschaftlichen „Energiewende“ erklärt (vgl. Kapitel 6.3).

Auch aufgrund der geringen Politisierung vor „Fukushima“ erscheint eine super-differenzielle Eingrenzung des „Energiewende“-Diskurses auf technologisch-marktwirtschaftlich orientierte politische Praktiken nicht widersprüchlich (vgl. Kapitel 5.1.3 und 5.4). Die „Energiewende“ wird zwar basierend auf umweltpolitischen Forderungen mit Bedeutung aufgeladen und ihre diskursive Einbindung wird hervorgehoben, gleichzeitig werden diese Forderungen aber permanent aus dem Politischen gedrängt und den marktorientierten Forderungen zu „Energiewende“ untergeordnet, weswegen aus kritisch-emancipatorischer Forschungsperspektive von einem ‚abspaltenden Einbeziehen‘ gesprochen werden kann (vgl. Kapitel 5.4). Darüber hinaus sind mit „Energiewende“ verbundene Knotenpunkte (z.B. Erfolg) nach „Fukushima“ häufig außergewöhnlich interpretationsoffen, d.h. sie werden kaum mit spezifischen politischen Forderungen äquivalenziert. Letztlich gelingt es der hegemonialen marktwirtschaftlichen Formation das Postulat der ‚Ideologiefreiheit‘ für ihre Politik nach „Fukushima“ wiederherzustellen (vgl. Kapitel 5.4) und „Energiewende“ aus sozial-ökologischer Perspektive an Bedeutung zu ‚entleeren‘ und somit zu entpolitisieren.

Ein noch im Kontext von ‚ökologischer Modernisierung‘ erkennbares Entgegen-wirken gegen Externalisierungsprozesse, als Voraussetzung für einen kritisch-emancipatorischen „Energiewende“-Diskurs, der eine zukunftsorientierte Glücksver-heißung über eine grundlegend ‚andere‘ „Energiewende“ umfasst, findet nach „Fukushima“ kaum statt bzw. erfolgt (überwiegend durch GRÜNE und LINKE initii-

iert) lediglich im Rahmen des weiterhin marginalisierten Narrativs ‚sozial-ökologischen Umbau‘ (vgl. Kapitel 5.1.3). Die sich im Zuge der politischen Praktiken rund um das EEG entfaltende Subversion der Dichotomie öffentlich/privat, wird nach „Fukushima“ nur kurzzeitig vertieft. Als Reaktion auf die zahlenmäßig mächtigen Proteste gegen Atomenergie werden kritische nicht-marktliche Akteur*innen von der Bundesregierung zwar kurzzeitig in den politischen Entscheidungsprozess eingebunden, diese Einbindung findet mit dem Abschluss der Beratungen im Rahmen der Ethikkommission aber ein schnelles Ende. Dabei trägt auch die Verlagerung von Verantwortung von Politik auf Wissenschaft zur Entpolitisierung des Diskurses bei (vgl. Kapitel 5.2.9). Die aus der Zivilgesellschaft eingebrachten Forderungen zur Energiepolitik werden diskursiv durch Betonung eines vermeintlichen Konsenses eingebunden. Der gleichzeitige Apell, die dem nun wieder Privaten zugeordneten Proteste zu unterlassen, legt allerdings auch hier den Rückschluss nahe, dass es sich um ein ‚abspaltendes Einbeziehen‘ handelt.

Es wird in der Folge deutlich, dass das sich im Kontext des Narrativs des ‚technokratisch-managementorientierten Ökokonsenses‘ Potenziale für beharrende bis reaktionäre politische Praktiken abzeichnen. Diese materialisieren sich in den Novellierungen des EEG 2014 und 2016/2017, die große Energiekonzerne begünstigen und somit zentrale Eigentumsstrukturen wieder stärken. Die Bürger*innenenergie, die vor dem Hintergrund der dieser Arbeit zugrunde liegenden Forschungsperspektive als eine zentrale Errungenschaft der „Energiewende“ im Hinblick auf Transformation zu werten ist, wird hingegen wieder zurückgedrängt (vgl. Kapitel 6.2). In diesem Kontext intensivieren sich andererseits Deutungs-Kämpfe um Bürger*innenenergie, Trennungsstrukturen zwischen öffentlich und privat werden kurzzeitig sichtbar und verschieben sich: Existierte die Bürger*innenenergie zuvor im Schatten des Privaten, wird sie im Ausschreibungsdesign dem öffentlich-Ökonomischen zugeordnet und droht ohne gleichzeitige Umgestaltung der hier vorherrschenden Machtverhältnisse im Zuge eines ‚abspaltenden Einbeziehens‘ zu verschwinden (vgl. Kapitel 6.4).

Es wurde gezeigt, dass die Aufhebung von Dissens – und somit Entpolitisierung – ein Kernelement des ‚technokratisch-managementorientierten Ökokonsenses‘ und somit auch der diesem Narrativ zugrunde liegenden hegemonialen marktwirtschaftlichen Formation ist (vgl. Kapitel 5.4). Die herrschaftliche Wirkung einer solchen vermeintlich konsensualen Diskursformation begründet sich demnach in der Negierung von Heterogenität und Vielfalt und bildet sich auch in einer identitären Erzählweise von „Energiewende“ als Erzählung einer nationalen Gemeinschaft und Kultur ab. Die Konstruktion eines nationalen ‚Wirs‘ wird so zu einem zentralen Moment zur Überwindung der Dislokation „Fukushima“. Im Rahmen der Story-Line ‚Deutschland als Vorreiter‘ werden Bilder deutscher ‚Stärke‘ mit nationalen Mythen sowie nationalen Wirtschaftsinteressen verbunden, um deren Durchsetzung auf internationaler Ebene über das Motiv der deutschen ‚Vorbildfunktion‘ zu legitimieren. Externalisierungen, die aus (neo)kolonialer Perspektive bereits im Gründungsmythos von ‚Nation‘ auszumachen sind, werden auch in Bezug auf „Energiewende“ verdeckt. Aus dieser Perspektive erscheint „Energiewende“ letztlich enthistorisiert, was eine reproduzierende Wirkung auf neokoloniale Machtverhältnisse nahe legt (vgl. Kapitel 6.4).

Gegen Ende der 17. und in der 18. Legislaturperiode sind die Artikulationen der Regierungskoalitionen zunehmend durch Ambivalenzen geprägt. „Energiewende“ wird nicht als Notwendigkeit vor dem Katastrophenszenario einer sozial-ökolo-

gischen Krise diskutiert, sondern ihre marktwirtschaftliche Einbindung rückt zunehmend in den Fokus. In diesem Zusammenhang wird die „Energiewende“ zunehmend selbst zur Gefahr stilisiert: Vor dem Hintergrund des Katastrophenszenarios der ‚Deindustrialisierung‘ und der Story-Line zu ihren ‚hohen Kosten‘ wird sie im Gegensatz zu einer möglichen mit ihr verbundenen Glücksverheibung selbst verstärkt Teil der schreckensverheißenden Dimension (vgl. Kapitel 5.2 und 5.3). Über die damit einhergehende ‚stigmatisierende Anerkennungsdynamik‘ (Fraser 2001: 52) (vgl. Kapitel 3.2.3), erfolgt eine Abwertung der erneuerbaren Energien gegenüber dem konventionellen Energiesektor. Während die gesellschaftlichen Kosten der konventionellen Energie nicht thematisiert werden, erscheinen die erneuerbaren Energien in diesem Kontext permanent als zu teuer. Zwar entfalten die transformativen Potenziale des EEG auch in der 17. und 18. weiter Wirkung auf der Umverteilungsebene außerhalb des Bundestags (indem bspw. der Ausbau dezentraler erneuerbarer Energien weiter voranschreitet²), allerdings werden diese Effekte zunehmend abgeschwächt. Über die Ausnutzung der stigmatisierenden Anerkennungsdynamik werden erneuerbare Energien trotz ihrer strompreissenkenden Wirkung als Rechtfertigung für Preis erhöhungen angeführt, während die feste Einspeisevergütung, von der vor allem Kleinproduzent*innen profitieren, schrittweise reduziert wird. Unter Anwendung des von Fraser (2001) beschriebenen Ansatzes von ‚Affirmation‘ und ‚Transformation‘ lässt sich als Folge der stigmatisierenden Anerkennungsdynamik schließlich auch auf Umverteilungsebene eine beharrnde Wirkung politischer Praktiken konstatieren und somit trotz voranschreitendem Ausbau dezentraler erneuerbarer Energieinfrastruktur eine Stärkung zentraler Eigentumsstrukturen (vgl. Kapitel 6.5). Unter dem Vorwand der „Energiewende“ im Wärmebereich kommt es aus der zugrunde liegenden Forschungsperspektive zu einer umgekehrten Umverteilung, indem die Stärkung der Rechte von Immobilieninvestor*innen in Verbindung mit dauerhaften, über die Sanierungskosten hinausgehenden, Mietsteigerungen als ‚gerecht‘ konstituiert wird (CDU 13.12.2012: 26290f.). Dabei zeigt sich, wie sich die beharrenden bis reaktionären politischen Praktiken der hegemonialen marktwirtschaftlichen Formation außerhalb des Bundestags materialisieren ermöglicht (vgl. Kapitel 6.5).

Ebene der lexikalischen Elemente

Nach „Fukushima“ steigt die Anzahl der Artikulationen von und um „Energiewende“ schlagartig. In der Bedeutungsgenerierung spielen aber verstärkt marktwirtschaftlich und technologisch orientierte Knotenpunkte eine Rolle, während aus sozial-ökologischer Perspektive „Energiewende“ an Bedeutung entleert wird. Vormalig kritisch positionierte, demokratische Forderungen werden nun von der hegemonialen Formation angeeignet.

-
- 2 Zwar schreitet der Ausbau der erneuerbaren Energien materiell weiter voran, was weiterhin mit transformativen Potenzialen verbunden ist. Dieser Ausbau erfolgt aber weitestgehend auf Grundlage des unter rot-grün beschlossenen EEGs und geht kaum mit ‚neuen‘ politischen Ansätzen einher.

Ebene der komplexeren Verknüpfungen und quasi-transzendentale Ebene (Story-Lines, fantasmatische Narrative)

Ein Post-Politisierungsprozess im Energiebereich erreicht nach „Fukushima“ seinen Höhepunkt, indem es der hegemonialen marktwirtschaftlichen Formation gelingt, „Energiewende“ auf einer technokratisch-managementorientierten Verfahrensebene zu kolonisieren, für ihre marktwirtschaftlichen Interessen zu mobilisieren und damit letztlich dem Politischen zu entziehen. Die Naturalisierung marktwirtschaftlicher Strukturen schreitet so voran, während „Energiewende“ vor dem Katastrophenszenario der ‚Deindustrialisierung‘ auf ambivalente Weise bald selbst zur Gefahr stilisiert wird. Die sozial-ökologische Krise verschwindet hingegen aus der schreckensverheißenden Dimension. Vor dem Hintergrund einer nationalen Erzählung komplettiert sich aus (neo)kolonialer Perspektive die hegemoniale Formation unter der Identität des nationalen ‚Wir‘. Der Begriff „Energiewende“ wird im parlamentarischen Diskurs zwar verwendet, um „Fukushima“ als Dislokation zu überwinden, bleibt aber bezüglich der Potenziale einer Übersetzung in ‚neue‘ – aus sozial-ökologischer Perspektive als transformativ zu klassifizierende – politische Praktiken weitgehend gegenstandslos.

Ebene des Vorsorgenden Wirtschaftens

Die Natur/Kultur Dichotomie und andere Externalisierungsstrukturen werden fortgeschrieben. Durch den Fokus auf die ‚Kosten der „Energiewende“‘ entfaltet sich letztlich eine stigmatisierende Anerkennungsdynamik, was zu einer Abwertung der erneuerbaren Energien gegenüber den konventionellen Energien führt. Trotz reformistischer Potenziale, die sich zum Beispiel vor dem Hintergrund des erneuten Atomausstiegs abbilden, bleibt die Wirkung politischer Praktiken in dieser Phase der „Energiewende“ eher beharrend. Der Begriff „Energiewende“ suggeriert eine Lösung sozial-ökologischer Probleme, die aber de facto gar nicht Gegenstand der Debatten sind, sondern durch den Fokus auf die Marktkonomie permanent aus dem Politischen gedrängt werden.

Handlungsprinzipien des Vorsorgenden Wirtschaftens haben vor dem Hintergrund dieses post-politischen Diskurses keine Chance, eine materiell-symbolische Wirkung im Sinne von Transformation in politischen Praktiken zu entfalten.

7.2 SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR DEN GESAMTEN BETRACHTUNGSZEITRAUM

Mit dem analytischen Durchlaufen der verschiedenen Ebenen der Dekonstruktion wurde die Entwicklung von „Energiewende“ aus dem Bereich des Vor-(Bundes-)Politischen in der Zeit vor „Fukushima“ in den Bereich des Post-Politischen bis zum Ende des Betrachtungszeitraums nachgezeichnet. Da in dem als ‚vor-politisch‘ klassifizierten Betrachtungszeitraum eine Bedeutung von „Energiewende“ kaum generiert wurde und die „Energiewende“ als Projekt bundespolitischer Gesetzgebung nur aus einer marginalisierten Position heraus adressiert wurde, kann von einer „Energiewende“ als von einer Mehrheit getragenenem bundespolitischem Projekt also über-